

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Bezugspreis monatlich für Abholer 1,90 Mark. Einzelhefte 40 Pfennig. Bei direkter Einbindung an den Verlag 2,30 Mark. Anzeigenpreis: 12 Wp. im Anzeigen- und 60 Wp. im Reichweite. 3. Quartier. Hauptgeschäftsstelle: Hans 22/24, Fernruf 2005. - Anzeigebüro: Dr. Ulrichstraße 27. - Postfachkonto 20319. - Fernruf

Das Volksblatt erscheint jeden Freitag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit.“ Inanspruch genommenen Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das Volksblatt ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. - Druckerei: Hans 22/24, Holzgebäude, am Kreuzweg, Fernruf-Nr. 2005, 2667. Verlost. Anstufungserstellung mittags von 12 bis 1 Uhr

Seine „Rettung“. Hindenburg, der „Retter“, hat gestern das „Aufwertungsgegesetz“ verkündet.

Berlin, 17. Juli (Soz. Presseblatt.)

Der Reichspräsident konferierte am Donnerstagvormittag mit dem Reichkanzler und dem Reichsjustizminister über die Verabschiedung des Aufwertungsgegesetzes durch den Reichstag und die von der sozialdemokratischen Fraktion durch den Reichstag abgegebene Erklärung. Hindenburg entschied sich entsprechend dem Willen von Luther für die Verkündung des Aufwertungsgegesetzes. Er verzichtete damit, von den ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechten zugunsten der Sparrer und Gläubiger entgegen seinen früheren Erklärungen Gebrauch zu machen. Damit ist den Millionen Sparrern, die ihre letzte Hoffnung auf Hindenburg, den Mann ihrer Wahl vom 26. April gesetzt hatten, zur Genüge bewiesen, daß der schwarzweiße Reichspräsident der Befangene des aufwertungsfeindlichen Industrie- und Agrariapitals ist. Die Rolle des Retters ist ausgepielt.

Nottschrei der gepeinigten Kreatur.

Kein „Retter“.

Berlin, 17. Juli. (Radiomeldung.)

Der Aufwertungsvertrag ist durch die Unterzeichnung Hindenburgs zum Gesetz erhoben. Ihn haben die letzten Stimmen der Sparrer und Gläubiger fast gelassen. Er hat geknickt, was Luther und die Nationalsozialisten als Zeichen der Kapitulation vor den Sozialdemokraten empfanden. Am Donnerstagvormittag noch dem Reichspräsidenten ein Brief aus den Aufwertungsorganisationen zu. Das Besondere ist, daß die ehemals so großen Freunde der Sparrer und Gläubiger, unsere Reichsnationalen, nicht nur diesen Brief nicht wiedergaben, sondern sich mit der Entscheidung des Reichspräsidenten in ihrer Presse kommentarlos abfinden, als sei dies, was Hindenburg am 26. April verkündet hat, für sie von vornherein selbstverständlich gewesen. Der Brief der Aufwertungsorganisationen lautet: „Herr Reichspräsident! Mit nur 280 von 428 Stimmen hat der Reichstag in unentschiedener Mehrheit das Gesetz betreffend die Währungsreform angenommen. Die geringe nominelle Mehrheit ist eine irreführende. Durch Realisationszwang ist eine große Anzahl von Abgeordneten entgegen ihrer Überzeugung gezwungen worden, für das Gesetz zu stimmen. Diese Abgeordneten haben damit ihre Gewissensfreiheit preisgegeben und zum großen Teil den Verstoß unübersehbar, mit welchen sie ihre Wähler gewonnen haben. Von mehreren Abgeordneten steht leider bereits fest, daß sie in Abrechnung persönlicher Interessen ihr Mandat missbraucht haben. Durch diese Zusammenhänge ist eine ansehnliche Mehrheit des Reichstages für ein Gesetz eingetreten, welches die wahre Mehrheit des Volkes vertritt.“ Der Inhalt dieses Gesetzes ist verfassungswidrig und bedarf darum zu seiner Rechtsbilligung einer zwei Drittel Mehrheit des Reichstages. An dieser fehlen 55 Stimmen. In Kenntnis dieser Tatsache hat darum mehr als das verfassungsmäßige Drittel des Reichstages auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung die Billigung der Verfassung verlangt, damit durch einen Volksentscheid die wahre Meinung des Volkes ermittelt wird. Die vielen Parteien, welche 1 1/2 Jahre lang für die Not der Sparrer und Gläubiger kein Verständnis gezeigt haben, wollen von Ihnen, Herr Reichspräsident, wieder unter Vorbehaltung falscher Behauptungen jetzt die sofortige Verkündung des Gesetzes erlangen, indem Sie durch die Dringlichkeitserklärung des Gesetzes übermitteln wollen. Namens aller Geschädigten und der rechtlich denkenden des Reiches erklären wir hiermit die Verfassungswidrigkeit, lieber drei Monate der Verwirklichung eines unannehmbaren Gesetzes, welches von der Mehrheit des Volkes angenommen wird, auf den Beginn der Leistungen der Schuldner zu warten, als ein Gesetz verkündet zu sehen, welches alle Merkmale der Verfassungswidrigkeit in sich trägt, gerechtfertigt die Verfassungswidrigkeit ist und dadurch das damit unvermeidbare Volksgehehen die Bevölkerung und die Wirtschaft für viele Monate den heftigsten Kämpfen und Erschütterungen aussetzen muß. Die Entscheidung ist jetzt in Ihrer Hand, Herr Reichspräsident, und die Mehrheit des Volkes erwartet in ihrer Not, daß Sie dem verfassungsmäßigen von den einfachsten Teile des Reichstages beibehaltenen Aufwertungsverlangen der Verkündung des Gesetzes entgegenstehen und den damit verbundenen Volksentscheid herbeiführen lassen. Gleichzeitig bitten wir um ungehinderten Empfang unserer Abordnung zu nächstem Freitag.“

Am. Herr von Hindenburg hat bereits gerufen, den Notschrei der gepeinigten Kreatur zu überhören. Anschließendes haben die Aufwertungsorganisationen bereits die notwendigen Vorbereitungen zur Weiterführung ihres Kampfes um eine gerechte Aufwertung getroffen. Sie planen u. a. jetzt von sich aus die Einleitung eines Volksentscheides.

Gleitende Getreidezölle in der Tschechoslowakei.

Von Dr. Emil Strauß (Prag).

II.

Wir entnehmen diesen, angelegentlich unserer deutschen Zollkämpfe sehr aktuellen Artikel, der zu den interessantesten und lehrreichsten Parallelen herausfordert, dem neuesten Heft der sozialistischen Zeitschrift „Die Weltanschauung“, herausgegeben von Rudolf Hilferding, Verlag S. O. W. Dietz, Berlin, S. 88. Die Agrarier haben in dem Kampfe, der ihnen die Getreidezölle gebracht hat, vor allem zwei Argumente gebraucht. Das eine war das Verlangen nach Herabsetzung der Zölle auf den Landwirt und Industrie, welche das gegenwärtige Subsidium bei seinem Regierungsantritt 1922 verheißt hat, und das andere, daß Getreidezölle wegen der kommenden Vertragsverhandlungen mit den getreideausführenden Ländern notwendig sind. In letzterer Hinsicht waren die Argumente der Agrarier nicht gegenstandslos. Während Getreide und Weizen bisher zollfrei eingeführt werden konnten, waren die Industriezölle unjährl. hoch. Für gewisse Industriezweige ist der Subsidium (das ist der Faktor, mit dem die Grundzölle des Zolltarifs von 1906 multipliziert werden müssen), der im Verhältnis der Entwertung der Währung höchsten sechs bis sieben betragen dürfte, fünfzig, hundert, hundertzwanzig, ja sogar dreißig, das heißt der Zoll ist zwei, drei, vier und mehrmals so hoch, als er vor dem Weltkrieg gewesen ist. Wenn auch durch ein paar Handelsverträge einige dieser abnorm hohen Zölle herabgesetzt worden sind, ist es tatsächlich ein Unrecht, das an dem Landwirte verübt wird, wenn die landwirtschaftlichen Werkzeuge und sonstigen Produktionsmittel mit hohen Zöllen belastet sind, während das Getreide bisher zollfrei war. Es war der entscheidende Fehler der gegenwärtigen Regierungskoalition, daß sie nicht schon längst dem Parlament einen Zolltarif vorgelegt hat, in dem die Landwirtschaftszölle herabgesetzt worden wären. Wäre dies geschehen, dann hätte der Ruf der Agrarier nach Gleichberechtigung mit der Industrie keinen Widerhall gefunden, und die Durchsetzung der Agrarzölle wäre viel schwerer gewesen. Aber auch das Argument, die Handelsvertragsverhandlungen mit gewissen Staaten, vor allem mit Magyaren, erfordern Getreidezölle, hält einer ernsthaften Betrachtung nicht stand. Gewiß können die Unterhändler bei Handelsverträgen gegen Herabsetzung der Getreidezölle für ausländisches Getreide die Ermöglichung der Fremdbill für tschechoslowakische Industriezweige durchsetzen. Ob es aber eine größere Menge, welche die Tschechoslowakei einem Agrarstaate bieten kann, als ihm die Einfuhr seiner Produkte zollfrei zu gestatten? Die Zollfreiheit für Getreide ist das größte Kompen-

Austreibung von 10 000 deutschen Bürgern aus Polen.

Berlin, 17. Juli. (Radiomeldung.)

Die polnische Regierung hat in Polen und Westpreußen die Beschneidung einer großen Anzahl von Wohnungen angeordnet, deren Besitzer Deutsche sind. Es ist die Ausschaffung von über 10 000 deutschen Bürgern aus Polen zum 1. August zu erwarten. Die Bundesregierung hat die sogenannte Plänen, d. h. solche Bewohner der aus Polen abgetretenen Gebiete, die nicht durch die Abtretung an Polen die polnische Staatsangehörigkeit erworben, sondern für Deutschland optieren, d. h. erklären, daß sie deutsche Bürger bleiben wollten. Auf Grund der geltenden völkerrechtlichen Grundsätze und der bestehenden Verträge haben diese Deutschen, soweit sie nicht etwa durch die optierenden Polen bis zum 1. August zu verlassen. Daher ist seit Monaten bereits eine in die Zukunft gehende Auswanderung im Gange. Eine große Anzahl dieser Deutschen jedoch hat bis jetzt keine Anstalten zur Auswanderung getroffen und treffen könnten. Man braucht sich nur die Wohnungsverhältnisse und den katastrophalen Stand des Arbeitsmarktes in Deutschland zu vergegenwärtigen, um zu verstehen, daß auch bei dem besten Willen, rechtzeitige das ungenügende Polen zu verlassen, die rechtzeitige Auswanderung nicht möglich gewesen ist. Gegen diese zurückbleibenden deutschen Optanten richtet sich die polnische Regierung. Der Wirtschaftskomitee mit Polen wird also durch eine weitere nationale Belastung in seiner Auswirkung erhöht. Was heute sind die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen noch nicht wiederzuerkennen. Es hat übrigens überhört den Anschein, daß sie vor September nicht mehr in Gang kommen. Der Vorsitzende der polnischen Handelsorganisation hat inzwischen mühselig angekündigt, daß er am 16. September wieder zusammenzutreten und die Lage einer Prüfung zu unterziehen. Der deutsche Bevollmächtigte hat sich demgegenüber jederzeit zu neuen Verhandlungen bereit erklärt, sobald Polen neue annehmbare Vorschläge macht. Die

bisherigen polnischen Forderungen sind bekanntlich von Deutschland als unannehmbar abgelehnt worden.

Die Eisenbahnkatastrophe im polnischen Korridor.

Die polnische Regierung schadenersatzpflichtig?

Berlin, 17. Juli. (WZS.)

Die deutsche Regierung hat den mit Polen entfallenden Streitfall über das Erstarren des Eisenbahnkorridor in seiner Verpflanzung an das amtliche Schiedsgericht für den Durchgangsverkehr unter Verbringung reichlicher Beweismaterials die Behauptung aufrecht erhalten, daß die Durchgangsstrecke im polnischen Korridor zur Zeit des Unfalls nicht in ordnungsmäßigem Zustande war. Die polnische Regierung hat somit ihre Verpflichtungen zu normaler Instandhaltung der Durchgangsstrecken nicht erfüllt. Die deutsche Regierung hat ferner unter eingehender Darlegung ihres Rechtsstandpunktes die polnische Regierung in einer vor wenigen Tagen überreichten Note erklärt, daß sie für die Folgen des Unfalls den polnischen Eisenbahnbetriebs gemäß dem Darbittungsgebot vom 7. Juli 1917 haftbar mache. Polnischseits wird die Ansicht vertreten, daß der polnische Staat nicht haftpflichtig sei.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstagabend mit dem Gesetzentwurf über die Billigung der öffentlichen Anleihen. Nach dem Berichterstatter Vaterländischer Staatsrat Dr. Ritter von Wolf, der im Namen der Mehrheit der Anleihen empfahl, den Gesetzentwurf zur Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben, nahm der Reichsrat der kaiserlichen Staatsregierung Dr. v. Freges das Wort. Er erklärte namens seiner Regierung, daß sie dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht zustimmen könne. Gegen die Stimmen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Stadt Berlin und Provinz Westfalen wurde das Gesetz angenommen.

Herr Schiele, deutschnationaler Reichsinnenminister.



Einer der Männer von der „großen nationalen Opposition“, die heute Schlag-Lothringen und Eupen-Malmédy opfern, mit dem „Erbsfeind“ verhandeln und den Sparrern und Kleinrentnern die versprochene 100 prozentige Aufwertung beschaffen.

Wer hilft den politischen Gefangenen?

Das Witeilungsblatt der russischen Sozialdemokratie spricht in Nr. 23 vom 24. Juni 1923:

Die Tätigkeit der GRU (Tscheka) gewinnt immer weiteren Spielraum. In den letzten vierzehn Tagen wurden 700 Gefangene in die Verbannung abgeschickt. Das Zentralbüro der Konzentrationen zählt jetzt mehr als hundert Sozialisten. Nach einer Berechnung der authentischen Material zugrunde lag, gab es zum Beginn dieses Monats insgesamt 89 000 Menschen in Verbannung. Davon 8000 bis 9000 wegen 'Spekulationsverbrechen' (Schwarzhandel) und der Rest besteht aus Sozialisten und Bolschewiken, die aus politischen Gründen verhaftet wurden. Am Governmenten Ardenbach allein gibt es 11 000 Verbannete, davon etwa 2000 Jugendliche.

Die materielle Lage der Verbanneten ist eine entsetzliche. Nach dem Verbannungsort gelangen sie nach mehreren Monaten Gefängnishaft; abendlich, ausgemergelt, häufig mit leeren Tischen. Eine Erwerbstätigkeit ist fast unmöglich, da die GRU (Tscheka) eine Weisung erteilt, die Verbanneten oder bei einer Kontingenzentscheidung nicht aufzuheben, und Bolschewiken, die Verbanneten Arbeit neben, mit stielich hohem Ansehen anstellt. Diese entsetzliche Notlage führte in einigen Fällen zum Selbstmord.

Die Lage der Verbanneten muß sich noch weiter verschlimmern, wenn die GRU, fortgesetzt wird, ihnen zum Aufenthalt oder, abgelegene Gegenden zu überweisen und eine Erwerbstätigkeit nicht möglich machen wird.

Das Note Arcus leidet einige Mitleid, aber dies ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Tausende Verbannete und Engländer brauchen dringend Hilfe.

Man sieht aus diesen Witeilungen, daß nicht nur die politischen Gefangenen in Deutschland der Hilfe bedürfen. Die deutsche Sozialdemokratie kamt mit aller Energie hinzu, doch die armen Opfer der kommunistischen Völschaft in Deutschland endlich wieder die Freiheit erhalten. Ihre Arbeit muß aber verweigert sein, wenn die Bourgeoisie immer wieder darauf besteht, daß es den politischen Gefangenen in Rußland noch viel schlimmer geht als ihren Lebensgenossen in Deutschland. Wäre Sowjetrußland nicht ein lohnendes Tätigkeitsgebiet für die kommunistische 'Note Diffe'?

Betain nach Marokko.

Paris, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die neue belagerte Zugsicherung der militärischen Lage in Marokko ist die französische Regierung, bezüglich die Entsendung neuer Gruppen von Truppen anzuordnen. Außerdem wird sich Marichal Betain, einer der fähigsten Generale Frankreichs, am Freitag im Flugzeug nach Tetz begeben, um dort mit dem Marichal Dhantheil über die Fortsetzung der Operation zu beraten.

Es ist sicher kein Zufall, daß die französische Regierung sich diese Maßnahmen bis nach der Vertagung des Parlaments aufgeschoben hat. Die offizielle Anführung, daß die französischen Friedensbedingungen in den nächsten Tagen Abid el Krim bekanntgeben werden sollen, dürfte nichts mehr als eine Verschönerung der öffentlichen Meinung sein.

Vor den Toren Tazas.

Madrid, 16. Juli. (W.D.)

Nach einer Mitteilung des Direktors haben die Soldaten die französische Stellung bei Debet Tazza, die den Zugang nach Taza beherrscht, eingenommen.

Paris, 17. Juli. (Radiomeldung.)

Nach einem Telegramm der Agentur Radio soll die seit mehreren Tagen belagerte Garnison des Forts Khiana, 22 Kilometer nördlich von Hesjan, bestehend aus 2 Offizieren, 10 Interoffizieren und einer Kompanie eingeborener Truppen, gerettet worden sein. Sie sind zu Taza, dem Hauptort der Garnison, am Sonntag nach dem Gefangenlager Abd el Krim bei Tcheouane abtransportiert worden sein.

Zwei Armeekorps nach Marokko.

Paris, 17. Juli. (Radiomeldung.)

Nach den Mitteilungen der Wälder sollen die Truppenverbände, die gegenwärtig in Sidfrankreich zum Abrücken nach dem marokkanischen Kriegsschauplatz konzentriert werden, die Stärke eines ganzen Armeekorps haben. Sie sollen, wie das 'Journal' mitteilt, bei Casablanca zusammengezogen und an der Westfront verwendet werden. Nach dem letzten Befehl soll ein weiteres Armeekorps an der Grenze von Algier zusammengezogen werden, um die französischen Einheiten bei Taza zu verstärken.

Die Lage in China.

Amerikanischer Vorschlag zur Konferenz.

London, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

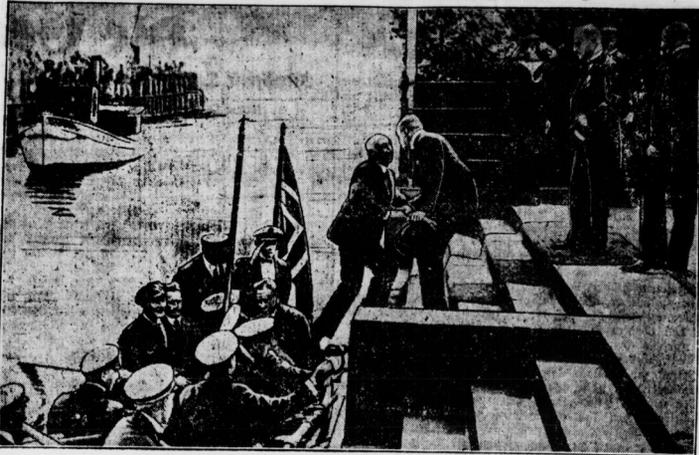
Der chinesische General Yang Sen ist auf dem Anmarsch nach Tschungking. In Kanton besteht erhöhte Gefahr für Leben und Sicherheit der Fremden. Ein einheimischer Streikbrecher in Sinau wurde am Mittwoch bei einer Hinführung für eine englische Schiffahrtsgesellschaft überfallen und von der Menge getötet. Sinau wurden zwei einheimische Bediente aus englischen Häusern beim Einlauf von Lebensmittel von den Streikenden ergriffen und unter Schandbänden durch die Straßen der Stadt geführt. Die Missetat von Sinau wurde am Donnerstag die Arbeit niedergelagt. Der neue amerikanische Gesandte Wurtin ist Anfang der Woche Peking eingetroffen. Am Mittwoch sprach er bei dem deutschen Präsidenten vor und überreichte sein Beglaubigungsschreiben. In der anschließenden Unterredung schlug er für den Parlamentarismus in China eine Konferenz den Monat Dezember vor. Wurtin hat keine Informationen von seiner Regierung erhalten, so daß sein Vorschlag als offiziell gelten kann.

Delegationen nach Marseille und Heidelberg.

Die sozialdemokratische Reichsdelegation hat als Delegierte zum Internationalen Kongress in Paris folgende Angehörige benannt: Grottel (Verborn), Bender, Breitfeld, Dismann, Dittmann, Gense, Ders, Keil, Frau Reize, Frau Lenz Gember, Scheibemann, Collmann. Zum Vertreter in Heidelberg entsendet sie als Delegierte die Genossen Frau Burge, Wischauer, Frölich, Breckmann, Reichel, Seimann, Ders, Bach, Grottel, Karlen, Krieger, Frau Bartels, Hüttmann, Rübner, Meier (Waben), Gaenger, Frau Schilling, Robert Schmidt, Frau Schuch, Seevern, Seidel, Seyffel, Simon (Schwab), Stüden und Frau Wurm.

Belgien gegen Moskau. Der belgische Außenminister erklärte in der Kammer, die Regierung werde nicht dulden, daß die Propagandaarbeiten der 8. Internationalen von Berlin und Wien nach Belgien verlegt werden.

Amundsens Heimkehr.



Amundsen ist bei seiner Rückkehr feierlich empfangen worden. Der Jubel in der norwegischen Hauptstadt Oslo war groß und Amundsen mußte durch stündlich geschickte Entsetzen zum König fahren. Unter Bild zeigt Amundsens Empfang durch den Präsidenten des norwegischen Aero-Clubs am Kai.

Aus aller Welt.

Eine originelle Schule.

'Professor' Mousset's Akademie für Einbrecher.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist es der dortigen Kriminalpolizei gelungen, eines langgeheften Einbrechers habhaft zu werden. Es handelt sich um einen gewissen Mousset, der während der letzten Gefängnisstrafe, die er zu verbüßen hatte, entsprungen ist und seitdem eine regelrechte Schule für Einbrecher betrieb, die in der Verbrechertum der französischen Hauptstadt unter dem Namen 'Akademie Mousset' bekannt war.

Der Unterricht, den der alte Einbrecher persönlich erteilte, bestand in einem theoretischen und einem praktischen Teil. Für den ersten hatte Mousset sogar ein Lehrbuch ausgearbeitet, das in seiner Originalhandschrift fotografisch vervielfältigt war. 'Einfache bescheidene Stelle in diesem gewiß einschüchternden Lehrbuch lautet: 'Wer es in der schönen Einbrechertum zur Meisterhaftigkeit bringen will, muß sich darüber klar sein, daß hierzu mehr Fleiß, Ausdauer, Phantasie, Logik und Scharfsinn gehört als zu irgendeiner anderen menschlichen Verrichtung. Der kleinste Fehler kann das Werk beabsichtigter Anstrengungen verdirben. Aber jedoch andere Arbeit liefert, kann ganz leicht, reichen Lohn zu erzielen. Die Gefahr, bei der Arbeit abgelenkt zu werden, ist nicht groß, wenn genügend sorgfältige Erörterungen vorausgegangen sind. Nachher wird man, den gelegentlichen Ausnahmen abgesehen, viel seltener beim Verkauf der Waare erwischt als dadurch, daß man unvorsichtig gegen Fingerabdrücke oder sonstige Spuren am Zutritt zurückgelassen hat. Der moderne Einbrecher arbeitet daher nur in Handschuhen. Seine Kleidung muß sich stets in tadellosem Zustand befinden. Nachlässig angelegte Anzüge dürfen nicht gebildet werden. Unangenehm ist auch das Tragen von Schmuckstücken und das Mitführen irreführender Zeichen oder großer Gegenstände, die unversehens aus der Tasche herausfallen können.

Als die Polizei in das Haus Mousset's einbrach, übte er gerade am der großen Wandtafel im Schulzimmer die Anfertigung von Einbruchsöffnungen mit seinen Schülern. Unter diesen befanden sich nicht nur männliche, sondern auch mehrere weibliche Mitglieder der Verbrechertum. Die ganze Gesellschaft wurde verhaftet und unter harter polizeilicher Bedeckung hinter Schloß und Riegel gebracht.

Die Geschichte der Räder.

In England wird zurzeit die hundertste Weiberrkehr des Tages, an dem George Stephenson berühmte 'Locomotion No. 1' zum erstenmal von Stockton nach Darlington fuhr, feierlich begangen. Aus diesem Anlaß fand in Darlington eine höchst originelle Veranstaltung statt, bei der die schwindige historische Lokomotive in genau demselben Zustand, in dem sie vor hundert Jahren ihre Probefahrt zurückgelegt hat, also mit antwortenden Schindeln und Rädern und unter reiner Handverfertigung, eine Reihe von Spezialmaschinen so, auf denen sich eine komplette historische Leberfahrt über die Entdeckung des rollenden Rades zum Beginn der geschichtlichen Zeit bis zur Gegenwart befand. Die 'Locomotion No. 1' wurde feierlich in New Castle von Robert Stephenson, einem Sohne George Stephenson's, nach dessen Abgangem das englische Parlament, dem Stephenson seine Pläne vorgelegt hatte, beauftragte die neue Verbindung sehr abtrotzt und bezeichnete sie als den 'außerirdischen Plan, der in dem Dampf eines Menschen entströmen kann'. Trotzdem baute Stephenson weiter. Im Jahre 1825 nahm das Parlament, dem ein Gesetz an, das Stephenson die Genehmigung erteilte, einen Schienenweg zwischen Darlington und Stockton zu legen und hier einen mit Dampfkraft betriebenen Eisenbahnverkehr zu eröffnen. Im Jahre 1825 fand die historische Probefahrt statt, bei der die 'Locomotion No. 1' 28 Wagen mit 450 Passagieren beförderte. Die Entfernung zwischen Stockton und Darlington beträgt rund 22 Kilometer. Stephenson's erste Lokomotive benötigte zur Bewältigung dieser Entfernung volle zwei Stunden. Diese Tatsache allein genügt, um darzutun, wie enorm die Entdeckung ist, die das Eisenbahnwesen seit damals genommen

Mindestens 150 M. (Einhundertfünfzig Mark)

muß der Familienbater jährlich für Lebensmittelforderungen, wenn die Solbvorlage der Regierung Gesetz wird. Das sind 12,50 M. im Monat! Das sind 10 Prozent bei einem Stundenlohn von 62 Pf. Diese Zahl muß selbst ein Familienbater tragen, der wegen seines geringen Lohnes von der Solbsteuer befreit ist! Wehrt Euch gegen die Solbvorlage!

hat. Nicht minder deutlich tritt sie in Erscheinung, wenn man die jüngsten und selbst in den höheren Klassen auswendig unüblichen Vergleich, von denen selbst die wohlhabende Klasse unersichtlich komfortabler und hygienischer ist, als es feinerzeit die teuerste Klasse war.

Bestrafter Landesverräter.

Berlin, 17. Juli. (Vertrautelegramm.)

Das Kammergericht beurteilte gestern den früheren Reichsweibel Grabiano s. l. l., der nach Kriegsausbruch in die polnische Armee eingetreten war und seine Kenntnisse der deutschen militärischen Verhältnisse zu Spionagezwecken ausnutzte, zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Unter dem Verdacht des Mordmordes.

Süßberg, 16. Juli.

Der Stadtkreuzer Schierenberg aus Tilsit, dessen weibliche Gattin im Straßensau unter Vergiftungsercheinungen gestorben war, wurde unter dem dringenden Verdacht des Mordmordes verhaftet. Die eingeleitete Untersuchung soll sich auch auf die Todesursache der Verstorbenen Frau erstrecken. Der Verdacht soll außerdem durch betrügerische Manipulationen hiesiger Banken um 10 000 Mark geschädigt haben.

Der Mann, der zweimal Silberne Hochzeit feierte. In Michiam wohnt ein Mann, der es zweifellos auf dem kompliziertesten Gebiet der Ehe sehr weit gebracht und einen Erfolg aufgestellt hat, wie ihn wohl nur wenige Ehenbüher nachfolgen können. Er hat es nämlich fertiggebracht, zweimal Silberne Hochzeit zu feiern und er tat dies beide Male mit einem unverwundlichen Humor und einer eisernen Gesundheit. Dieser Herr, William Bacon, ist heute 77 Jahre alt. Er heiratete mit 21 und feierte mit 48 Jahren mit seiner ersten Frau Silberne Hochzeit. Vier Jahre später starb seine Frau, aber Herr Bacon fühlte sich noch kräftig genug, wieder eine junge Frau zu heiraten, mit der er nun nochmals Silberne Hochzeit feiern konnte. Doch es Herr Bacon mit seiner ersten Gattin gemeint hat, geht schon daraus hervor, daß er nicht weniger als 11 Söhne und 40 Enkel besitzt, mit denen er noch heute leidenschaftlich Skridet spielt.

Hundert Familien obdankt. Wie die Wälder melden, sind in Klond bei Wrig im Zentraldistrikt dreißig Häuser einem Brande zum Opfer gefallen. Hundert Familien sind obdankt.

Die Rechtsvertreter der im Schwenner Femenstypograph zum Tode verurteilten Angeklagten haben gegen das Urteil Revision eingelegt. Das Urteil hat der wegen Weibels zu Gefängnis verurteilte Richter die Strafe angenommen.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Sonntagen, den 18. Juli.

6.30 bis 6.45 Uhr abends: Rundfunkstunde. 7 bis 7.30 Uhr abends: Vorträge aus englischer Prosabildung. 7.30 bis 8 Uhr abends: Prof. Dr. Carl Marx (Leipzig): Von unerschöpflichen Strahlen aus dem Weltall, die feste Körper durchdringen. (Erster Teil). 8.15 Uhr abends: Kleine Künstlerfeier. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sadebells Sportfundstück.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Aus dem Geschäftsleben.

In der heutigen Nummer bringen wir ein Inserat der Firma Dr. med. G. G. m. b. H. Magdeburg, worauf wir besonders hinweisen und unsere Leser darauf aufmerksam machen, daß die erwähnte Firma, deren Bezug auf unsere Zeitung nimmt, eine Gratisprobe ihres Präparates 'Scholapofin' nebst ausführlicher Prospekt überlassen und franco übersendet. Uns liegt eine Broschüre vor und behandelt dieselbe die Entstehung der Gallensteine und Gallensteinleiden sowie die Verhütung derselben in leicht verständlicher Art und sind diese Erörterungen nach Durchlesen verständlich, die vorher unverständlich erschienen. Wir empfehlen, recht anschießigen Gebrauch sofort zu machen, da nur bis zu der am gegebenen Menge Versand erfolgt.

